



## SESSIONSBERICHT

Nr. 1 • Frühling 2025



### Ihr EVP-Team im Nationalrat

**NIK GUGGER, ZH**  
nik.gugger@parl.ch  
079 385 35 35

**MARC JOST, BE**  
marc.jost@parl.ch  
076 206 57 57

### Immer wieder EVP!

Liebe Leserinnen und Leser

In der Frühjahrssession war die EVP präsent wie noch selten. Sei es am Rednerpult, an Veranstaltungen oder in den Medien. Nik Gugger sprach im Rat zu fünf Geschäften, Marc Jost sogar zu acht (!). Auch ausserhalb des Rates machten die beiden von sich hören: Im Fernsehen, in der Zeitung, im Radio oder in Podcasts. Viel zu sprechen bedeutet aber nicht zwangsläufig auch viel zu gewinnen – lesen Sie in diesem Bericht von unseren Erfolgen und Niederlagen.

Herzliche Grüsse, Nik und Marc

In diesem Bericht	Seite
Bundesratswahl	2
Auslandsadoptionen	2
Erbschaftssteuer für die AHV	3
Initiative Service Citoyen	3
JUSO-Initiative	3
Tabakwerbverbot	4
Freihandel Indien	5
KFZ-Markt	5
Adressdienst	6
Neue Vorstösse	7

## «Gewählt ist mit 134 Stimmen: Martin Pfister»

Bundesratswahlen sind immer etwas Besonderes. Für uns als Nationalräte ist es eine grosse Verantwortung, dass wir stellvertretend für das Volk die Regierung wählen dürfen. Noch einmal spezieller war diese Bundesratswahl, weil eine Nachfolge für das Bundesratsmitglied aus unserer Fraktion gewählt wurde und wir somit die beiden Kandidaten unserer Fraktion mitnominieren durften.



Wir gratulieren Martin Pfister herzlich zur Wahl in den Bundesrat und wünschen ihm gutes Gelingen und Gottes Segen im Amt. Er übernimmt mit dem VBS ein herausforderndes Departement von Bundesrätin Viola Amherd, die in schwierigen Zeiten erfolgreich wichtige Reformen in der Armee vorangebracht hat. Für Nik war es mit Martin Pfister bereits der siebte Bundesrat, an dessen Wahl in den Bundesrat er teilnehmen durfte.

## Verbot von Auslandsadoptionen

Der Bundesrat möchte internationale Adoptionen verbieten. Das kündigte er im Januar an und plant eine Gesetzesreform dazu auszuarbeiten. Er könne nicht garantieren, dass trotz grossen Verbesserungen der Vorschriften und Kontrollen es nicht doch noch zu irregulären Adoptionen in die Schweiz kommen könnte, wie damals zwischen 1970 und 2000, weshalb der Bundesrat auf ein vollständiges Verbot setzen möchte.

Nik Gugger ist der einzige adoptierte Parlamentarier und ist deshalb in dieser Debatte besonders gefragt. Mit zahlreichen Adoptiveltern und -kindern wehrt er sich nun gegen das Verbot und argumentiert, dass der Bundesrat die positiven Seiten der Adoption übersieht. Er selbst wäre ohne Auslandsadoption wohl nie in einer liebevollen Familie aufgewachsen und in einem Heim oder auf der Strasse gelandet.

Um die Unterstützung der Bevölkerung für die Auslandsadoption zu zeigen, hat Nik deshalb eine Online-Petition gestartet unter [Adoption-Ja.ch](http://Adoption-Ja.ch).

Im Parlamente musste Bundesrat Jans zudem in der Fragestunde zahlreiche kritische Fragen zum Thema beantworten: «Wird plötzlich Kollege Gugger stigmatisiert?», «Gäbe es einen Nationalrat Gugger?» «Warum setzt der Bundesrat auf ein Verbot statt auf eine bessere Umsetzung der Haager Konvention».

Allenfalls werden die Pläne von Bundesrat Jans schon sehr schnell durchkreuzt: Die Rechtskommission diskutiert demnächst darüber.



### Medienberichte mit Nik Gugger zu Auslandsadoption:

- 20 Minuten: Jetzt wehrt sich der einzige adoptierte Nationalrat gegen Verbot
- Tagesanzeiger: Selbst aus Indien adoptiert: Nationalrat Nik Gugger lanciert Petition gegen Verbot
- Podcast «relevent – das Wochenmagazin» von ERF Medien: Adoption aus dem Ausland: Ist ein Verbot sinnvoll?

## Wertvolle Begegnungen



Gemeinsam mit der Bevölkerung wird der neue Bundesrat Martin Pfister in Baar gefeiert.

## In den Medien:



Als einziger adoptierter Nationalrat fragen diverse Medien bei Nik Gugger zu den Verbotsplänen des Bundesrates an.

## Online-Petition von Nik:

**Auslandsadoptionen retten!**

Petition fürs Kindwohl & liebevolle Familien. Gemeinsam stoppen wir das geplante Verbot!

**Jetzt** online unterschreiben!

[Adoption-JA.ch](http://Adoption-JA.ch)

Jetzt unterschreiben: [adoption-ja.ch](http://adoption-ja.ch)

## AHV-Solidaritätsabgabe auf Millionen-Nachlässen

Die Bevölkerung wird älter, das Volk hat eine 13. AHV-Rente beschlossen: Das belastet die Finanzierung der AHV. Gleichzeitig wächst die Vermögensungleichheit. Um beides anzugehen, hat Marc Jost eine parlamentarische Initiative für eine Steuer auf Millionen-Vermögen zugunsten der AHV eingereicht. Diese wurde nun im Nationalrat behandelt. Diese Initiative wäre eine sinnvolle Alternative zur extremen JUSO-Initiative gewesen wäre – Marc forderte einen tieferen Freibetrag von 5 Millionen dafür aber mit einem gemässigten Steuersatz. Dennoch blieb der Vorstoss im Rat chancenlos und wurde mit 126 gegen 63 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

## Service Citoyen: die Bevölkerung ist bereit, der Nationalrat nicht

Laut einer Umfrage (Generationen-Barometer 2025, S. 28-29) unterstützt eine Mehrheit der Bevölkerung ein Dienstpflicht-Modell wie es die Service-Citoyen-Initiative vorschlägt. Diese fordert, dass alle Schweizerinnen und Schweizer einen Dienst für Allgemeinheit und Umwelt leisten – sei es in der Armee oder in einem gleichwertigen Milizdienst. Doch das Parlament lehnte sie mit 166 zu 19 Stimmen sehr deutlich ab. Einzig die EVP und die GLP stellten sich für die Initiative. Diese Entscheidung ignoriert den Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach einer Erweiterung der Wehrpflicht zu einem Gemeinschaftsdienst für alle. In Zeiten wachsender Unsicherheit braucht die Schweiz nicht nur eine starke Armee, sondern auch einen funktionierenden Zivilschutz und Zivildienst. «Leider sehen dies sowohl Links wie auch Rechts bei dieser Debatte hier anders. Sie möchten nämlich das eine stärken und das andere schwächen», bedauerte Marc Jost im Nationalrat. Dabei biete die Service-Citoyen hier eine Alternative indem sie sicher stelle, dass all diese Bereiche gestärkt werden, anstatt sie gegeneinander auszuspielen.

> [Hier geht es zum Votum von Marc](#)

«Diese Volksinitiative entspricht dem wahren Geist des schweizerischen Milizsystems: einer für alle, alle für einen oder – wie es die Initianten in ihren eigenen Worten sagen – alle für alle», bemerkte Nik Gugger. Er wies in seiner Ansprache darauf hin, dass derzeit nur ein Drittel der Jugendlichen Dienst leistet, meist im Militär, während Zivildienst und Zivilschutz unter Personal-mangel leiden. Frauen sind weiterhin stark unterrepräsentiert. Die Initiative eröffnet allen die Möglichkeit, sei es im Militär, Sozialdienst oder Umweltschutz, einen Beitrag zu leisten.

> [Hier geht es zum Votum von Nik](#)

## Erbschaftssteuer: Extreme JUSO-Initiative wird abgelehnt – leider ohne Gegenvorschlag

Die «Initiative für eine Zukunft» der JUSO fordert eine Besteuerung von 50 Prozent auf Nachlässe und Schenkungen von mehr als 50 Millionen Franken. Die Einnahmen sollten in den Klimaschutz investiert werden. Aus Sicht des Nationalrats und der EVP ist diese Forderung jedoch klar übertrieben. Die Folgen könnten sich sogar als kontraproduktiv für die Schweizer Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen erweisen.

»Aber das Problem wurde richtig erkannt: Spitzenvermögen wachsen rasant schnell an. Die Ungleichheit wird so ungebremst zur Gefahr für eine demokratische Gesellschaft“, meinte Marc Jost in seinem Votum. Gleichzeitig werde das Prinzip der Leistungsgesellschaft ad absurdum geführt: Millionenerbschaften sind leistungsloses Einkommen.

## Wertvolle Begegnungen



Ein gern gesehener Gast: alt-Nationalrat Otto Zwygart in der Wandelhalle mit Marc Jost, Nik Gugger, Dominic Täubert und Lilian Studer.



Nik empfängt eine Schulklasse im Nationalratssaal.

## In den Medien:



SVP-Nationalrat Andreas Glarner gab mit problematischen Aussagen in einem Podcast zu Reden. Marc Jost kritisierte sein ungesundes Menschenbild deutlich.

> [Zum Artikel auf 20min.ch](#)

Die EVP setzt sich seit Jahren für eine moderate Erbschaftssteuer auf nationaler Ebene ein. Deshalb haben die EVP-Nationalräte in dieser Session sowohl einen moderaten Gegenvorschlag als auch eine eigene parlamentarische Initiative zur Annahme empfohlen. Leider hat der Nationalrat beides abgelehnt. Das ist umso bedauerlicher, als der Bundeshaushalt unter Druck steht: Die Finanzierung der AHV, die Stärkung der Armee und Klimaschutzmassnahmen erfordern neue Einnahmen. Eine Erbschaftssteuer könnte eine sinnvolle Alternative sein, um die Bevölkerung nicht durch höhere Lohnabzüge oder Mehrwertsteuern zusätzlich zu belasten. Umfragen zeigen zudem breite Unterstützung für eine moderate Erbschaftssteuer. Da in der Schweiz jeder zweite Vermögensfranken aus Erbschaften stammt, könnte eine solche Steuer zur Verteilungsgerechtigkeit beitragen, ohne die Wirtschaft zu schwächen. Zudem würde sie eine generationengerechte Umverteilung fördern, da 60 % der Erbschaften an über 60-Jährige gehen, während nur 5 % an unter 40-Jährige fallen.

> [Hier geht es zum Votum von Marc](#)

## Tabakwerbeverbot – Nationalrat kommt einer verfassungskonformen Umsetzung der Volksinitiative näher

Die Mehrheit der Raucherinnen und Raucher beginnt bereits als Minderjährige mit dem Rauchen – oft, weil Tabakkonzerne ihre Produkte massiv bei Kindern und Jugendlichen bewerben und sie so gezielt zum Konsum verleiten. Dabei verursacht der Tabakkonsum laut Angaben des Bundes jedes Jahr 9'500 vorzeitige Todesfälle und zählt damit zu den grössten Herausforderungen der öffentlichen Gesundheit. Die Kosten für die medizinische Behandlung tabakbedingter Krankheiten belaufen sich auf drei Milliarden Franken pro Jahr.

Die EVP setzt sich für eine konsequente Umsetzung der Volksinitiative «Kinder ohne Tabak» ein, die im Februar 2022 angenommen wurde. Diese Initiative fordert nicht nur ein Verbot von Tabakwerbung, die gezielt auf Minderjährige abzielt, sondern auch jegliche Werbung, die Minderjährige erreicht.

In der Frühlingssession hat der Nationalrat endlich anerkannt, dass ein umfassender Werbebegriff notwendig ist. Seine Entscheidung enthält die wichtigsten Elemente einer wirksamen Werbeeinschränkung. So sprach sich der Rat – im Sinne der kleinen Kammer – gegen eine SVP-Minderheit aus, die «Hinweise auf Verkaufsförderung oder Sponsoring» vom Werbeverbot ausnehmen wollte. Ebenso folgte er dem Ständerat in der Frage, Tabakwerbung überall dort zu verbieten, wo sie für Minderjährige sichtbar oder zugänglich ist. Damit zeichnet sich ein Kompromiss mit dem Ständerat ab: Mobiles Verkaufspersonal und Sponsoring bleiben weiterhin erlaubt, gleichzeitig wird sichergestellt, dass Kinder und Jugendliche nicht erreicht werden.

In Presseerzeugnissen soll Tabakwerbung nur dann zulässig sein, wenn mindestens 98 Prozent der Leserschaft erwachsen sind und die Werbung ausschliesslich im Innenteil der jeweiligen Publikation erscheint.

Leider lässt der Nationalrat weiterhin Lücken bei der Werbung für Zigarren und Zigarillos. Der Konsum dieser Produkte nimmt bei Jugendlichen zu, und es gibt keine juristische Grundlage, weshalb diese Tabakprodukte von den gesetzlichen Bestimmungen ausgenommen werden sollten.

Die EVP hätte sich insgesamt eine noch konsequentere Umsetzung der Volksinitiative gemäss dem Entwurf des Bundesrates gewünscht. Dennoch begrüsst sie, dass der Nationalrat mit dieser Entscheidung einer verfassungskonformen Umsetzung der Initiative einen Schritt näher gekommen ist.

## Sportlich unterwegs:



Heimspiel für Marc: Der Nationalrat spielt in Thun gegen Swiss Olympic.



Statt in Hotel Bellevue verbrachte Marc auch in der Nacht der langen Messer den Abend lieber auf dem Fussballplatz. Und es lohnte sich: Als Verteidiger traf er zu seinem ersten (Kopfball-)Tor im Trikot des FC Nationalrats.

## Freihandel mit Indien: Nationalrat gibt grünes Licht

Die Freude bei Nik Gugger war gross, als nach dem Ständerat in der Wintersession nun auch der Nationalrat deutlich Ja sagte zum Handels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indien. Nik erläuterte in seinem Votum als Kommissionssprecher: «Es schafft die Basis für eine langfristige und umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Indien, einem Land mit einer der am dynamischsten wachsenden Volkswirtschaften der



Welt.» Das Abkommen ist auch deshalb von grosser Bedeutung, weil es das erste seiner Art ist, welches Indien mit einem westlichen Staat abschliesst. Für Exporte aus der Schweiz nach Indien profitiert die Schweizer Wirtschaft von umfassend gesenkten oder abgeschafften Zöllen, was bei Indien mit sehr hohen Importzöllen einen grossen Unterschied macht.

Nachdem Nik sich vor rund einem Jahr in Delhi an vorderster Front für den erfolgreichen Verhandlungsabschluss einsetzte, freut er sich nun auf die verstärkte Partnerschaft in den kommenden Jahren.

> [Hier gehts zum Votum von Nik](#)

## Erfolgreicher Vorstoss von Nik Gugger zum Schutz der Schweizer Autohändler und der Konsumenten

Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat eine Motion angenommen, die von Nik Gugger eingereicht wurde – und das, obwohl eine Mehrheit der Kommission zuvor eine Ablehnung empfohlen hatte. Die Motion 22.3838 zielt darauf ab, die Gestaltung der Vertriebssysteme von Autoherstellern und Importeuren zu regulieren, um den Wettbewerb im Kraftfahrzeug-(KFZ)-Markt aufrechtzuerhalten.

Diese Regulierung ist nötig, weil ausländische Autohersteller eine Gesetzeslücke ausnutzen, die es ihnen ermöglicht, den Wettbewerb einzuschränken – insbesondere durch das sogenannte Agenturmodell. Nach geltendem Recht werden Agenten nicht als eigenständige Unternehmen betrachtet, wodurch Hersteller ihre Marktmacht ausweiten können. Kleinere Händler und Importeure geraten dadurch in eine stärkere Abhängigkeit von grossen Herstellern und verlieren an Wettbewerbsfähigkeit.

Die Motion fordert daher, dass das Kartellgesetz auch dann zur Anwendung kommt, wenn Hersteller den Vertrieb über Agenturen organisieren. Insbesondere in Randregionen besteht ein wachsender Handlungsbedarf. Der Schutz kleinerer Marktakteure trägt dazu bei, den Wettbewerb zu sichern und somit den Konsumenten zugutekommen zu lassen.

Ein weiteres zentrales Anliegen der Motion ist die Einführung einer Nachweispflicht für Hersteller. Diese müssten darlegen, dass die Einführung eines Agenturmodells effizienter ist als das bisherige Vertriebssystem. Sollte dieser Nachweis nicht erbracht werden müssen, besteht die Gefahr, dass durch die Umstellung auf das Agenturmodell lediglich die Margen der Händler in die Konzernzentralen abfliessen – auf Kosten der Schweizer KFZ-KMUs.

Nun ist Nik bereits im Austausch mit dem SECO und der WAK zur Umsetzung.

## Wertvolle Begegnungen



Ab Vorabend der Abstimmung über das Abkommen mit Indien lud Nik zur Feier: 1 Jahr Verhandlungsabschluss! Neben Gästen aus Politik und Wirtschaft mit dabei waren Bundesrat Ignazio Cassis, Indischer Botschafter Mridul Kumar und Staatssekretärin SECO Helene Budliger Artieda.



Wie geht es weiter mit den USA? Der Chargé d'Affaires der US-Botschaft in Bern, Bradford Bell (4. v.l.) traf sich mit Marc Jost und weiteren Mitgliedern des Parlaments.

## Die Schweiz erhält ein nationales Adressdienst – die EVP war das Züglein an der Waage

«Das Parlament sagt doch noch Ja zu nationalem Adressdienst», schrieb die SDA in ihrer Meldung am 13. März. Noch im Februar 2024 hatte der Nationalrat die Vorlage an den Bundesrat zurückgewiesen. Was die SDA nicht geschrieben hat, ist, dass diese Kehrtwende im Nationalrat vor allem der EVP und Marc Jost zu verdanken war.

Die EVP konnte zunächst fraktionsintern bei der Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP eine entscheidende Rolle spielen, um die Mitte zu überzeugen. Marc Jost, der in der staatspolitischen Kommission das Geschäft eng verfolgt hatte, wurde folgerichtig als Fraktionssprecher designiert. Auch im Parlament kam es zu einem knappen Entscheid, der ohne die Stimmen der EVP anders ausgefallen wäre. Mit 99 zu 96 Stimmen bei einer Enthaltung fiel der Entscheid. Hätte der Nationalrat erneut für die Rückweisung gestimmt, wäre die Vorlage für Jahre vom Tisch gewesen. So durfte die EVP wieder einmal ihrer wichtigen Rolle als Brückenbauerin treu bleiben.

Das neue Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG) soll zur Einrichtung eines zentralen Adressdienstes mit Adressen natürlicher Personen führen. Die vom Bundesamt für Statistik aufzubauende Datenbank soll Verwaltungsstellen sowie weiteren Organisationen mit gesetzlichem Auftrag die Arbeit erleichtern. Daher verwundert es nicht, dass nicht nur der Bundesrat sondern auch die Kantone stark darauf gehofft haben, dass die Vorlage angenommen wird. Diese bietet nämlich für die verschiedenen Verwaltungsebenen ein enormes Potenzial zur Effizienzsteigerung.

> [Hier geht es zum Votum von Marc](#)

### Sportlich unterwegs:



Unter vielen anderen Besuchenden traf Marc den Leiter der Schweizerischen Menschenrechtsinstitution Stefan Schlegel.

### Im Fernsehen:



Für «Fenster zum Sonntag» begleitete ein Fernsteam Nik durch seinen Tag und führte Interviews mit seinen Wegbegleitenden im Parlament. Das Portrait über ihn und sein Leben wird voraussichtlich am 10. und 11. Mai auf den SRF-Kanälen ausgestrahlt.



## In dieser Session eingereichte Vorstösse:

### MARC JOST

[Motion \(25.3299\)](#) – Sicherstellung des Rechts von Kindern auf Kenntnis ihrer Abstammung →

[Postulat \(25.3298\)](#) – Stärkung der Schweizer Beteiligung an multilateralen Entwicklungsbanken in Krisenzeiten →

[Interpellation \(25.3393\)](#) – Kann die Schweiz Nothilfe in Nordkorea leisten? →

[Frage \(25.7144\)](#) – Humanitäre Werte in Gefahr - was tut der Bundesrat? →

[Frage \(25.7161\)](#) – Ressourcen für Bekämpfung des Menschenhandels in der Prostitution →

[Frage \(25.7231\)](#) – Können gezüchtete Insekten die Wildbestäuber wirklich ersetzen? →

[Frage \(25.7248\)](#) – Wird Ladeinfrastruktur für elektrische Fahrzeuge beim Bund gefördert? →

[Frage \(25.7250\)](#) – Garantiekapital für multilaterale Entwicklungsbanken: Anpassungen und Effizienzsteigerung →

[Alle Vorstösse von Marc Jost](#) →

### NIK GUGGER

[Postulat \(25.3401\)](#) – Burn-out Land Schweiz? Nein Danke! Mehr Prävention gegen emotionale Erschöpfung →

[Interpellation \(25.3402\)](#) – Sonderbewilligungen für Pyrethroide in der Direktzahlungsverordnung: Eine Zulassung durch die Hintertüre! →

[Interpellation \(25.3403\)](#) – Stärkung des Kinder- und Jugendschutzes in der digitalen Welt - Anpassung Strategie «Digitale Schweiz» →

[Frage \(25.7083\)](#) – Internationale Adoptionen: Warum setzt der Bundesrat auf ein Verbot statt auf eine bessere Umsetzung der Haager Konvention? →

[Frage \(25.7141\)](#) – Mehr verkaufte Pyrethroide im Jahr 2023 trotz strengeren Anwendungsbedingungen? →

[Frage \(25.7145\)](#) – Woher kommt die unterschiedliche Beurteilung ... →

[Frage \(25.7258\)](#) – Wie viele Pyrethroide sind heute in der Schweiz noch zugelassen? →

[Frage \(25.7267\)](#) – Der Biodiversitätsverlust gehört gemäss WEF zu den grössten Wirtschaftsrisiken →

[Alle Vorstösse von Nik Gugger](#) →